

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Zur Aktuellen Stunde der Fraktion DIE LINKE „Soziale Sicherheit für alle“, Drucksache 6/3151

Brandenburg stärkt seine Schwachen und spricht sich deutlich gegen die Aussetzung des Mindestlohns aus

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag nimmt die Benachteiligungssorgen der Menschen in Brandenburg angesichts des unkontrollierten Zustroms an Asylsuchenden sehr ernst. Er anerkennt, dass die Sorgen dort am größten sind, wo die soziale und wirtschaftliche Situation am schlechtesten ist – im Niedriglohnssektor. Um diesen Menschen einen Teil ihrer Sorgen zu nehmen, spricht sich der Landtag deutlich gegen eine Aussetzung des Mindestlohns aus.

Begründung:

Der Soziologe Heinz Bude beschrieb in der F.A.Z. vom 17.09.2015 unter der Überschrift „Die Koalition der Angst“ eine gesellschaftliche Entwicklung, die in der Politik nicht ungehört bleiben sollte. Seine Aufmerksamkeit galt dabei den Angehörigen eines Dienstleistungsproletariats, das in den letzten zwei Jahrzehnten in Deutschland entstanden ist. Das seien die Leute, „die einem die Pakete ins Haus bringen, die die Gebäude reinigen, die im ICE mit dem blauen Müllsack unterwegs sind, die bei den Discountern an der Kasse sitzen [...] und nicht zuletzt diejenigen, die die Pflege hochbetagter Familienangehöriger übernehmen“. Diese sogenannten einfachen Dienstleistungen würden von 12 bis 15 Prozent der Beschäftigten der deutschen Volkswirtschaft erbracht und das in der Regel innerhalb eines vollzeitigen Arbeitsverhältnisses. Trotz Mindestlohn und 40 bis 50 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit kämen sie allerdings nur auf ein monatliches Nettoeinkommen von lediglich 900 bis 1100 Euro. Er sagt, damit könne man in vielen Orten, wie auch in Potsdam, nicht „leben und nicht sterben“. Aber immerhin mache es diese Menschen stolz, dass sie ihr Geld trotz regelmäßiger Aufstockung selbst verdienen. Bude bemerkt, dass die Belange dieser neuen gesellschaftlichen Schicht des einfachen Dienstleistungsproletariats in den Darstellungen von starker Wirtschaft, robusten Arbeitsmärkten und einem funktionierenden Sozialstaat nicht vorkämen. Das bliebe nicht ohne Folgen, denn „[aus] diesem Grund schauen die Leute vom Dienstleistungsproletariat mit einem stillen Argwohn auf die Masse der Flüchtlinge, die gerade ins Land kommen. Denn das sind alles potentielle Konkurrenten, die trotz steigenden Bedarfs an Beschäftigten in den Branchen der einfachen Dienstleistung als Reservearmee einsetzbar sind“.

Dieser Stille Argwohn wird zur manifesten Sorge um die eigene wirtschaftliche Existenz, wenn Politiker – wie der Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, Werner Michael Bahlsen – in der Presse fordern, „die Bundesregierung [sollte] sich überlegen, ob es nicht für Flüchtlinge zeitlich befristete Ausnahmen vom Mindestlohn geben sollte, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern“ (Die Welt, 16.09.2015).

Brandenburg sollte die Belange und Sorgen der gesellschaftlichen Schicht des einfachen Dienstleistungsproletariats sehr ernst nehmen und angesichts der immer wieder von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Politikern geforderten Aussetzung des Mindestlohns ein klares Zeichen setzen. Dieses Zeichen kann nur sein, sich hinter die Menschen im Niedriglohnsektor zu stellen und sich mit aller politischen Macht gegen eine Aussetzung des Mindestlohns zur Wehr zu setzen.

Dr. Alexander Gauland
für die AfD-Fraktion